

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Mai 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig, Rudolf (SPD)	6, 37	Nachtwei, Winfried (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Deichmann, Christel (SPD)	24, 25	Rixe, Günter (SPD)	26, 27
Dietert-Scheuer, Amke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	8, 9
Erler, Gernot (SPD)	35; 36	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	32, 33
Dr. Feldmann, Olaf (F.D.P.)	10, 11	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	20, 21
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	2, 34	Thönnies, Franz (SPD)	28, 29
Hilsberg, Stephan (SPD)	30, 31	Tippach, Steffen (PDS)	16, 17
Iwersen, Gabriele (SPD)	14, 15	Wallow, Hans (SPD)	22, 23
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	38, 39	Westrich, Lydia (SPD)	4, 5
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	12, 13	Dr. Zöpel, Christoph (SPD)	7
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	3, 40		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordnete
Amke
Dietert-Scheuer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Mit welchem Ergebnis hat der Generalbundesanwalt nach Studium des schriftlichen Urteils des Berliner Kammergerichts im „Mykonos“-Prozeß, worin die Mitglieder des iranischen Komitees für Sonderangelegenheiten der Anstiftung zu Tötungsdelikten geziehen werden, nach dem ihm gemäß § 160 der Strafprozeßordnung (StPO) auferlegten Strafverfolgungszwang (Legalitätsprinzip) die Einleitung von Strafermittlungsverfahren gegen die Mitglieder dieses Komitees – also u. a. Präsident Rafsandschani, Religionsführer Chamenei, Außenminister Welajati – sowie gegen die Mitarbeiter der laut Bundeskriminalamt an solchen Anschlägen stets mitwirkenden Botschaften und Konsulate vor Ort (DER SPIEGEL 17/1997) und die Beantragung entsprechender Haftbefehle wegen dringenden Tatverdachts und des Haftgrundes aus § 112 Abs. 3 StPO geprüft, und inwieweit hat diesbezüglich möglicherweise ein Bundesministerium gegenüber dem Generalbundesanwalt einen drohenden Nachteil für die Bundesrepublik Deutschland oder entgegenstehende öffentliche Interessen gemäß § 153c StPO eingewendet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

2. Abgeordneter
Erich G.
Fritz
(CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine solche Veränderung für einen Beitrag zur Verbesserung der Abstimmung der drei Säulen der Außenwirtschaftsförderung?*)

3. Abgeordnete
Dr. Elke
Leonhard
(SPD)

Mit welchen Initiativen gedenkt sich die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Entscheidung des WTO-Schiedsgerichtes (WTO: Welthandelsorganisation) zur europäischen Bananemarktordnung – soweit sie dieses Ziel verfolgt – im Rahmen der EU für eine weitere Liberalisierung des Welthandels einzusetzen, und beabsichtigt sie bei der anstehenden Reform des Maastricht-Vertrages ihr Gewicht zugunsten eines Rechts der EU-Kommission, über den Warenhandel hinaus auch bei Dienstleistungen, Patentrechten und Investitionsregeln im Namen der Union verhandeln zu können, einzubringen?

*) s. hierzu Frage 34

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

4. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Eingliederungshilfe, die behinderten Menschen aufgrund ihrer besonders schwierigen Lebenssituation vom Sozialträger gezahlt wird, laut Kindergeldmerkblatt aber bei der Berechnung der Bezüge von behinderten Kindern mit einbezogen wird, und damit den Eltern, die beispielsweise bei einer teilstationären Unterbringung des Kindes ebenfalls für den Lebensunterhalt der Kinder aufkommen müßten, der Kindergeldanspruch gekürzt bzw. gänzlich vorenthalten wird?
5. Abgeordnete
Lydia Westrich
(SPD)
- Hat die Bundesregierung bemerkt, daß das Kindergeldmerkblatt (Bundessteuerblatt 1997) nicht in Übereinstimmung mit den Einkommensteuer-richtlinien vom März 1996 steht, und wird sie dies entsprechend korrigieren?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

6. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung bisher nicht auf einen entsprechenden Appell des VN-Welt-ernährungsprogramms reagiert hat, mit dem die Staatengemeinschaft um Beiträge für Nahrungsmittelhilfe in Höhe von insgesamt 95 Mio. US-Dollar aufgerufen wird (vgl. Interview mit Exekutivdirektorin Catherine Bertini in der ZEIT, Ausgabe vom 9. Mai 1997), und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Haltung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

7. Abgeordneter
Dr. Christoph Zöpel
(SPD)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung das bis heute unveröffentlichte Protokoll mit der Volksrepublik Algerien über die Identifizierung und Rückübernahme von Personen unterzeich-

net angesichts der bürgerkriegsähnlichen Situation im Lande, die eine Gefährdung für Leib und Leben breiter Bevölkerungsschichten darstellt und auch für die durch Asylverfahren exponierten Personen in Deutschland?

8. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung vergleichbare Erkenntnisse vor oder kann sie ansonsten beurteilen, ob die anderen Länder der EU, insbesondere Großbritannien, Frankreich und die Beneluxländer, einen prozentual ähnlich hohen Anteil an Ausländern in der organisierten Kriminalität aufweisen wie Deutschland?

9. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)

Worauf führt die Bundesregierung etwaige wesentliche Unterschiede in der – vergleichbaren – Kriminalitätshäufigkeit und Kriminalitätsbelastung durch Ausländer in den Mitgliedsländern der EU zurück?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

10. Abgeordneter
**Dr. Olaf
Feldmann**
(F.D.P.)

Wie hoch sind die Einnahmen aus der Trinkgeldbesteuerung, und wie hoch ist der Erhebungsaufwand für die Trinkgeldbesteuerung?

11. Abgeordneter
**Dr. Olaf
Feldmann**
(F.D.P.)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Einnahmen aus der vorgesehenen Besteuerung der Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, und welche Annahmen legt sie dabei zugrunde?

12. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Wann hat das abschließende Gespräch zwischen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) und der Geschäftsführung der Salzland Küchenwerke GmbH über die Privatisierung der Möbelwerke Döbeln stattgefunden, und was war der Anlaß, der die Geschäftsführung der Salzland Küchenwerke GmbH bewogen hat, von den geplanten Investitionen bei den Möbelwerken Döbeln Abstand zu nehmen (s. Döbelner Allgemeine Zeitung vom 29. April 1997)?

- | | |
|---|---|
| 13. Abgeordneter
Manfred
Kolbe
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen gedenkt die BvS zu ergreifen, um einer zukünftigen Privatisierung der Möbelwerke Döbeln zum Erfolg zu verhelfen? |
|---|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|--|
| 14. Abgeordnete
Gabriele
Iwersen
(SPD) | Hält die Bundesregierung es mit der Fürsorgepflicht des Dienstherrn für vereinbar, wenn nach einer fehlerhaften Pensionsberechnung (z. B. Ortszuschläge) durch das Wehrbereichsgebührenamt die daraus resultierende Rückzahlungsforderung ohne eine Anhörung des betroffenen Bundeswehrsoldaten i. R. – nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz – durchgeführt wird? |
| 15. Abgeordnete
Gabriele
Iwersen
(SPD) | Gibt es einen Pensionsmindestanspruch für Bundeswehrsoldaten, der nicht durch Rückforderungsansprüche angetastet werden kann, und wenn ja, in welcher Höhe wird er garantiert? |
| 16. Abgeordneter
Steffen
Tippach
(PDS) | Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß von der Regierung von Papua-Neuguinea eine Anzahlung bei einer bundesdeutschen Firma namens „I. B. C. Ltd.“, die im Auftrag der Bundesregierung seit der Wiedervereinigung Lieferungen militärischer Ausrüstungsgegenstände übernommen haben soll, in unbekannter Höhe geleistet wurde, in der Absicht, zwei Hubschrauber des Typs Bell UH 1D „Iroquois“, im Wert von 3,3 Mio. US-Dollar von Deutschland zu kaufen, und kann sie Auskunft darüber geben, in welchem Stadium sich der Verkauf dieser Hubschrauber an die Regierung von Papua-Neuguinea heute befindet bzw. ob die Lieferung dieser Hubschrauber noch vor den geplanten Wahlen im Juni 1997 erfolgen wird? |
| 17. Abgeordneter
Steffen
Tippach
(PDS) | Welchen Inhalt hat der vorbereitete Kaufvertrag zwischen der Bundesregierung und der Regierung von Papua-Neuguinea über die zwei Hubschrauber bez. des Typs, der Ausstattung, der Wartung und dem beabsichtigten Einsatzgebiet der besagten Hubschrauber in Papua-Neuguinea? |

18. Abgeordneter
**Winfried
Nachtwei**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Rolle spielt nach Kenntnis der Bundesregierung die Firma „I. B. C. Ltd.“ bei der Verwertung ehemaligen NVA-Materials, und an welche Staaten wurde von dieser Firma mit Kenntnis oder Billigung der Bundesregierung NVA-Material vermittelt?
19. Abgeordneter
**Winfried
Nachtwei**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigte bzw. beabsichtigt die Bundesregierung, trotz der Weigerung der australischen Regierung, Papua-Neuguinea Hubschrauber zur Aufstandsbekämpfung zu liefern, den Streitkräften Papua-Neuguineas direkt oder indirekt deutsche Bell-Hubschrauber zu überlassen, und wenn ja, zu welchen Vertragsbedingungen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

20. Abgeordnete
**Dr. Angelica
Schwall-Düren**
(SPD)
- In welchem Planungs- und Genehmigungsstadium befindet sich das zwischen Twist und Ochtrup gelegene Teilstück der Autobahn A 31, das zur lückenlosen Anbindung dieses Gebietes erforderlich ist?
21. Abgeordnete
**Dr. Angelica
Schwall-Düren**
(SPD)
- Wann ist zu erwarten, daß mit dem Bau dieses Teilstückes begonnen wird, und in welchem zeitlichen Rahmen wird die Fertigstellung insgesamt abgewickelt werden?
22. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche Ausschreibungsverfahren sind bislang bez. des zum Verkauf vorgesehenen bundeseigenen Rheinhafens Remagen-Oberwinter durchgeführt worden, und wie viele der eingegangenen Angebote enthielten ein von der Stadt Remagen vorgeprüftes Nutzungskonzept?
23. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bieter von der ausschreibenden Stelle in Kenntnis gesetzt worden sind, daß kein Zuschlag erteilt werden könne, weil keines der Angebote die Preisvorstellungen des Bundes für den Hafen erreicht habe, und ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Ausschreibung korrekt und ohne Einflußnahme von außen durchgeführt wurde?

24. Abgeordnete
**Christel
Deichmann**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die unterschiedlichen Angaben bez. des Zeitpunktes der Inbetriebnahme der Magnetschwebbahn Transrapid – in der Wirtschaftlichkeitsberechnung des Bundesministeriums für Verkehr vom April 1997 werden für das Jahr 2005 bereits Erlöse angegeben, laut Aktualisierung der Fernverkehrsprognosen der Firmen Intraplan Consult GmbH, München, und Simon Kucher und Partner, Bonn, wird jedoch die Inbetriebnahme erst im Jahr 2006 stattfinden –, und welche Auswirkungen haben diese unterschiedlichen Angaben auf die Rückzahlung des von der Bundesregierung zugesagten zinslosen Darlehens in Höhe von 6,1 Mrd. DM, das für die Finanzierung des Fahrweges erforderlich ist?

25. Abgeordnete
**Christel
Deichmann**
(SPD)

Wie interpretiert die Bundesregierung die Aussage des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesministerium für Verkehr, Johannes Nitsch, auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Konrad Kunick (s. Stenographischer Bericht der 171. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 23. April 1997), daß die exakten Kosten u. a. auch für die Haltepunkte ermittelt sind, wenn es z. B. für den Haltepunkt Holthausen noch keine annähernden Vorstellungen zur Ausgestaltung gibt und die Umsteigemöglichkeiten zu Fernverkehrsverbindungen laut Prognose der unter Frage 24 genannten Institutionen in Holthausen gegenwärtig in keiner Weise bestehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

26. Abgeordneter
**Günter
Rixe**
(SPD)

Wie viele Jugendliche insgesamt und aus den Berufsberatungsjahren 1995/1996 sowie 1994 befinden sich derzeit in sog. „Warteschleifen“ (d. h. Jugendliche, die sich in diesen Jahren um einen Ausbildungsplatz beworben haben, aber nicht vermittelt wurden und die deshalb ihren Schulbesuch – u. a. in Form eines Berufsgrundbildungsjahres, in einer Berufsfachschule oder sonstigen berufsbildenden Schule – fortsetzen mußten oder in einer berufsvorbereitenden Maßnahme verblieben sind, soweit sie nicht eine Arbeitsstelle angenommen haben, „unbekannt verblieben“ bzw. „sonstig erledigt“ sind), und welche öffentlichen Mittel werden hierfür aufgewendet?

27. Abgeordneter
Günter Rixe
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber hinaus vor, wie hoch der Anteil der Jugendlichen ist, die sich aufgrund der Ausbildungsplatzsituation gezwungen sehen, ihren eigentlichen Wunsch nach einer betrieblichen Berufsausbildung zurückzustellen und die sich daher zur Fortsetzung insbesondere des Schulbesuchs oder gar zur Aufnahme eines Hochschulbesuches entschließen mußten?
28. Abgeordneter
Franz Thönnies
(SPD)
- Wie hoch sind die Gesamtzahl sowie der Anteil der von der privaten Wirtschaft, also ohne die Ausbildung im öffentlichen Bereich selbst, 1996 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, die mit Voll- und Teilförderung durch Bund, Bundesland oder Kommune, durch Förderung durch die Bundesanstalt für Arbeit, durch Träger der Jugendsozialarbeit oder anderer Träger zustande gekommen sind, und welche öffentlichen Mittel wurden bzw. werden hierfür insgesamt im Jahre 1996, 1997 und in den Folgejahren aufgewendet, aufgeteilt auf alte und neue Länder?
29. Abgeordneter
Franz Thönnies
(SPD)
- Wie hat sich der Anteil der öffentlich geförderten Ausbildungsplätze, bezogen auf alle Verträge, die von privaten Arbeitgebern abgeschlossen wurden, insgesamt und aufgeteilt auf alte und neue Länder, seit 1990 entwickelt?
30. Abgeordneter
Stephan Hilsberg
(SPD)
- Wie haben sich seit 1990 die gesamten Bruttoaufwendungen aller privaten und öffentlichen Arbeitgeber für die berufliche Erstausbildung entwickelt, und wie hoch schätzt die Bundesregierung unter Berücksichtigung der von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge die Nettoaufwendungen der privaten Arbeitgeber?
31. Abgeordneter
Stephan Hilsberg
(SPD)
- Welche steuerlichen Auswirkungen hatten bzw. haben diese Betriebsausgaben, d. h. wie hoch war nach Steuern der gesamte betriebliche Aufwand für die berufliche Erstausbildung, und wie hoch sind die Aufwendungen der öffentlichen Hände – insgesamt und getrennt nach Bund, Ländern und Kommunen – für die Berufsausbildung ihres eigenen Fachkräftenachwuchses in nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannten Berufen?
32. Abgeordneter
Heinz Schmitt (Berg)
(SPD)
- Wie viele Kammern (Handwerkskammer/IHK) haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Praxis angeschlossen, einen Gebührenverzicht für neue und zusätzliche Ausbildungsplätze einzuführen oder Gebühren zeitweilig zu ermäßigen, wie dies von einigen Vollversammlungen inzwischen beschlossen wurde?

33. Abgeordneter
**Heinz
Schmitt
(Berg)
(SPD)**

Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Gesamtaufwand aller ausbildenden Betriebe für derartige Eintragungs-, Zwischenprüfungs- und Abschlußprüfungsgebühren, und im welchen Betrag werden in den Kammern, die sich an dieser Aktion beteiligen, die ausbildenden Betriebe entlastet, die nichtausbildenden Betriebe belastet?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

34. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz
(CDU/CSU)**

Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, das Gesetz über den Auswärtigen Dienst in der Weise zu verändern, die Leiter der Abteilung Wirtschaft in den deutschen Botschaften dem Bundesministerium für Wirtschaft, nicht wie bisher dem Auswärtigen Amt zu unterstellen, um damit die Zusammenarbeit mit den anderen beiden Säulen der Außenwirtschaftsförderung besser zu koordinieren, die als untergeordnete Behörde des Bundesministeriums des Innern (Bundesstelle für Außenhandelsinformation) bzw. als öffentlich mitfinanzierte Einrichtung (Auslandshandelskammer) im gleichen Aufgabenfeld arbeiten?

35. Abgeordneter
**Gernot
Erler
(SPD)**

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang während der jüngsten Unruhen in Albanien Gegenstände und Schätze aus Museen und Sammlungen, die zum Weltkulturerbe gezählt werden müssen, geraubt, beschädigt oder zerstört worden sind?

36. Abgeordneter
**Gernot
Erler
(SPD)**

Welche Möglichkeiten gibt es für die Bundesrepublik Deutschland und die EU, die entstandenen Schäden an der Kultur Albaniens zu verifizieren, in Grenzen zu halten und die verbliebenen Werte von überregionaler Bedeutung zu sichern, und welche Maßnahmen sind in dieser Hinsicht bereits getroffen worden?

37. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig
(SPD)**

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die gravierende Hungersnot in Nordkorea vor, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für sofortige bi- und multilaterale Maßnahmen der humanitären Hilfe?

- | | |
|--|---|
| <p>38. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)</p> | <p>Gibt es seitens der Bundesregierung Berechnungen, welche Gesamtkosten auf die Bundesrepublik Deutschland bei einer Erweiterung der NATO nach Osten zukommen?</p> |
| <p>39. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)</p> | <p>Mit welchem Anteil an Kosten für die Bundesrepublik Deutschland rechnet die Bundesregierung bei einer Erweiterung der NATO auf die Tschechische Republik?</p> |
| <p>40. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)</p> | <p>Wie entkräftet die Bundesregierung den Vorwurf unprofessioneller außenpolitischer Instrumentenwahl während und nach dem „Mykonos“-Urteil des Berliner Kammergerichtes in Sachen kritischer Dialog?</p> |

Bonn, den 9. Mai 1997

